

"Hubert Védrine: Antwort auf Joschka Fischer" in Le Monde (11. Juni 2000)

Legende: Am 11. Juni 2000 antwortet der französische Außenminister Hubert Védrine auf die Vorschläge seines deutschen Amtskollegen Joschka Fischer zur Finalität der Europäischen Union und stellt eigene Überlegungen über die Konzepte der Föderation und der Föderation von Nationalstaaten an.

Quelle: Le Monde. 11.06.2000. Paris. "Réponse à Joschka Fischer", auteur:Védrine, Hubert.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/hubert_vedrine_antwort_auf_joschka_fischer_in_le_monde_11_juni_2000-de-75c914f2-a7d9-4503-b073-5daf8ea89994.html



Publication date: 05/07/2016

Antwort auf Joschka Fischer

Gestern, Joschka, habe ich die Rede, die du in deinem Namen am 12. Mai an der Humboldt-Universität Berlin über die Finalität der Europäischen Union und die institutionellen Perspektiven gehalten hast, aufmerksam gelesen. Wie ich sofort erklärt habe, war diese Initiative meiner Ansicht nach willkommen und kam zur rechten Zeit. Seitdem ich im Juni 1997 Außenminister wurde, war ich nämlich der Ansicht, dass die europäische Öffentlichkeit die Auswirkungen der künftigen Erweiterungen der EU nicht ausreichend ermisst und dass es an der Zeit ist darüber nachzudenken, wie man ihnen am besten begegnet. Ich würde dir jetzt gerne meine Überlegungen zu diesem Thema mitteilen.

Wie soll ein Europa mit dreißig oder mehr Mitgliedern funktionieren? Schon bei unserem ersten Treffen im November 1998 habe ich diese Frage gestellt und darauf hingewiesen, dass meiner Ansicht nach diese Herausforderung bald den gesamten Horizont Europas bestimmen würde. Auf diese Frage kann es keine improvisierte oder nachlässige Antwort geben, nicht einmal eine erfinderische. Die Antwort kann nur aus einer wirklichen Debatte heraus entstehen, die loyal, umfassend und demokratisch geführt wird. Niemand kann von vornherein vorgeben, den Schlüssel in Händen zu halten. Es war Zeit, dass diese Debatte stattfindet. (...)

Mehrere europäische politische Verantwortliche, teilweise im Amt, teilweise nicht mehr, sind der Ansicht, dass man, um eine Lähmung zu vermeiden, weiter gehen muss, und haben in den letzten Wochen vorgeschlagen, dass die Länder, die entschlossen sind, in der politischen Integration einen Sprung nach vorne zu tun, gemeinsamen einen „harten Kern“ oder eine „Avantgarde“ bilden. Das würde bedeuten, dass die Idee eines Europas der zwei Geschwindigkeiten akzeptabel würde, die doch lange Zeit vehement bekämpft worden war. Diese Richtung hast du nach Jacques Delors und anderen eingeschlagen, als du die Gründung eines „Gravitationszentrums“ vorgeschlagen hast, das eines Tages zum Kern einer zukünftigen Föderation werden soll.

Kurz vor der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes befindet Frankreich sich nicht in derselben Situation wie die anderen Mitgliedstaaten.

Langfristige Ideen für Europa auf den Tisch bringen und den Vorsitz der Union in einem Moment nutzbringend zu gewährleisten, da außerdem noch die schwierige Reform der Institutionen zu vollenden ist, sind zwei gleichermaßen notwendige, jedoch unterschiedliche Dinge.

Die Aufgabe des Landes, das den Vorsitz übernimmt, besteht darin, alles zu tun, um die Mitgliedstaaten für die ehrgeizigste aller möglichen Lösungen zu motivieren. Aber aufgrund der europäischen Beschlussfassungsregeln muss diese Lösung auf einem Konsens beruhen. Man kann nicht gleichzeitig dieser Verantwortung gerecht werden und ein Vorhaben auf den Tisch legen, das aller Voraussicht nach – das ist bereits offensichtlich – die tiefen Risse zwischen Mitgliedstaaten zum Vorschein bringen und weiter vertiefen wird.

In Rambouillet konnten wir – der Staatspräsident, der Premierminister, der Kanzler und die betroffenen Minister – uns problemlos über die Tatsache einigen, dass die Voraussetzung für jeden weiteren Fortschritt der Erfolg der Regierungskonferenz in Nizza ist. Das heißt nicht, dass sie zu jedem Preis abgeschlossen werden muss. Wenn die Fünfzehn nämlich trotz der Bemühungen des französischen Vorsitzes und trotz der vollen Unterstützung Deutschlands trotzdem nicht zu einer Einigung über die Neugewichtung, die qualifizierte Mehrheit, die Größe der Kommission und die verstärkten Zusammenarbeiten gelangen, was nützt es da, darüber zu spekulieren oder dagegen zu sein, was Europa in zehn oder zwanzig Jahren sein wird? Die RK ist ein Test für den Reformwillen der Europäer.

Wie wir an den Erklärungen einer Reihe von Kommentatoren und französischen Politikern feststellen konnten, macht der Gedanke einer Föderation uns nicht nur keine Angst mehr, sondern übt sogar eine gewisse Anziehungskraft aus. Das scheint gewagt, das scheint einfach, das scheint wirksam, um das Gespenst der Lähmung zu bannen. Viele Vorbehalte oder ablehnende Argumente scheinen im Zeitalter der Globalisierung überholt. Außerdem existieren ja bereits föderalistische Elemente wie beispielsweise der

Gerichtshof oder der Euro. Warum also nicht? Dieser Haltung und diese diffuse Zustimmung rechtfertigen jedoch nicht, dass die hauptverantwortlichen Politiker eines Landes ohne genaue Prüfung einer so grundlegend erschütternden Perspektive zustimmen, zumal die föderalistischen Lösungen, die von den einen oder anderen vorgeschlagen werden, sich in wesentlichen Punkten unterscheiden.

Deshalb scheint mir zu diesem Zeitpunkt die beste Vorgehensweise darin zu bestehen, theoretische Kontroversen über die unterschiedlichen Bedeutungen des Wortes „Föderalismus“ zu vermeiden, präzise Fragen zu formulieren, um die zu klärenden Punkte besser zu definieren, und die bestmöglichen Antworten zu suchen, indem deren Vor- und Nachteile demokratisch abgewägt werden. Das werde ich auf den folgenden Zeilen versuchen: – Wie sollen die Mitglieder eines möglichen harten Kerns gewählt werden? Könnte man sich vorstellen, dass von vornherein eine Liste aufgestellt wird? Das war der Fall des Lammers-Schäuble-Dokuments von 1994 – ein Fehler, den du nicht wiederholst. Soll festgelegt werden, dass es sich um die sechs Gründerstaaten handelt? Aber schon lassen einige Länder, die nicht zu den sechs Gründerstaaten gehören, wissen, dass sie Mitglieder jedes harten Kerns sein wollen. Es gibt eine weitere Möglichkeit: den harten Kern aus den elf Staaten des Eurowährungsgebietes zu bilden. Aber diese elf Staaten werden eines Tages zwölf, vierzehn oder mehr, was für einen harten Kern sehr viel ist. Eine Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Koordinierung der Länder des Eurowährungsgebietes ist eine absolute Notwendigkeit, aber sie wird nicht automatisch zu einer verstärkten politischen Integration führen. So ist der Euro-Raum nicht der Schengen-Raum, und auch kein Raum eines Europas der Verteidigung. Die bequemste Lösung könnte die Freiwilligkeit und der freie Zugang zu einem offenen Kern sein. Aber wenn jeder Mitglied sein will, bleibt es dann noch ein Kern, und inwiefern würde er weiter gehen als die anderen?

Die zweite Frage ist von noch größerer Bedeutung: Welche Kompetenzen würden schließlich auf die föderale Ebene übertragen werden, damit was von welchen Institutionen getan wird? Und daraus ergibt sich die Frage, welche Kompetenzen die Nationalstaaten behalten würden. Ich habe wohl bemerkt, dass du – ganz zu Recht – vorsichtshalber daran erinnert hast, dass es nicht darum geht, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen, denn du bist dir bewusst, dass viele Europäer diesem Rahmen ihrer Identität und des demokratischen Lebens weiter eng verbunden bleiben. Unter anderem für Frankreich ist das wesentlich.

Aber wenn man in Betracht zieht, einen föderalen Präsidenten in allgemeiner Wahl zu wählen, der die Außen- und Verteidigungspolitik der Föderation und Kontrolle des Parlaments der Föderation gestaltet, was bleibt am Ende noch vom Nationalstaat? Welche Rolle käme den Staats- und Regierungschefs der Länder zu, die dieser Föderation beigetreten sind. Um es ganz schonungslos zu sagen: Wie lange würde es dann noch einen Präsidenten der Republik und einen Premierminister in Frankreich geben, einen deutschen Bundeskanzler, einen Regierungschef in den anderen Ländern? An diesem Punkt muss die Debatte, die heute noch verschleiert ist, explizit geführt werden müssen. Es reicht nicht aus zu bekräftigen, dass man die Gründung einer Föderation und das Fortbestehen der Nationalstaaten miteinander kombinieren will und kann. Im Geist der Subsidiarität muss man sehen, ob man exakt bestimmen kann, was auf nationaler Ebene verbleiben kann oder wieder auf nationaler Ebene geregelt werden kann, und was auf europäischer Ebene.

Diese Abgrenzung ist unverzichtbar. Es ist nämlich das Merkmal einer Föderation, dies zu organisieren, und diejenigen, die eine Verfassung für Europa fordern, verfolgen ebenfalls dieses Ziel.

Aber auch da muss die Debatte klar sein: Handelt es sich einfach um die Kodifizierung der Kompetenzverteilung zwischen der Föderation und den Mitgliedstaaten oder beinhaltet die Föderation größere Souveränitätstransfers in neue Bereiche, und wenn ja, welche? Die Justiz? Die Polizei? Die Verteidigung? Die Außenpolitik?

Das bringt uns zu der Frage nach dem Wesen der Regierung, der möglichen Regierung. Würde sie nach dem Vorbild der Kommission gebildet werden, wie wir sie heute kennen – nach dem klassischen föderalistischen Konzept? In diesem Fall werden wir unweigerlich auf die gleichen Probleme stoßen, die wir heute schon kennen: Legitimität, Transparenz, Effizienz, politische Kontrolle. Oder würde die Regierung aus den nationalen Regierungen heraus entstehen, wie der derzeitige Ministerrat, als Möglichkeit eines Regierungsföderalismus, eine Option, die du in deiner Rede aufgezeigt hast, vor allem nach unseren

Gesprächen, und die aus unserer Sicht akzeptabler wäre? Würde sie das Pendant des aktuellen Binoms aus Kommission und Rat auf föderaler Ebene sein? Alles das muss klargestellt werden.

Eine damit verbundene Frage: Welches Parlament würde diese föderale Regierung kontrollieren? Das aktuelle Europäische Parlament? Die nationalen Parlamente? Eine doppelte Kammer, wie du sie vorschlägst, von denen eine aus den Abgeordneten der nationalen Parlamente bestehen würde? Eine interessante Idee, die vertieft werden sollte.

Ich komme zur Frage der Verbindung der verschiedenen Machtebenen in Europa. Davon gibt es heute drei. Im Fall einer Föderation, die die Nationalstaaten bewahrt, würde es wenigstens vier Machtebenen in Europa geben: die territorialen Gebietskörperschaften (die selbst mehrere Niveaus umfassen); die Nationalstaaten mit ihrer Exekutive, Legislative und ihrem Rechtssystem; die Föderation mit ihrem Präsidenten, ihrer Regierung, ihrem Parlament; die erweiterte Europäische Union mit ihrem Rat, ihrer Kommission, ihrem Parlament, ihrem Gerichtshof.

Während die europäische Öffentlichkeit nach mehr Klarheit, Einfachheit, „Lesbarkeit“ verlangt, was einige mit ihrer Forderung nach einer Verfassung ausdrücken, die hoffentlich Klärung schafft, würden wir nur Strukturen übereinander häufen und Kompetenzen noch unlösbarer miteinander verwirren, als es heute schon der Fall ist. Diese Verdoppelung der Institutionen würde schnell unerträglich werden, und das Problem würde durch das Verschwinden der nationalen Ebene gelöst werden. Dessen muss man sich bewusst sein, denn es stellt offensichtlich ein Schwindel erregendes Identitäts- und Demokratieproblem für die meisten existierenden Nationalstaaten und ihre Völker dar: Wir dürfen nicht vergessen, dass es in Europa im Gegensatz den Vereinigten Staaten Nationen gibt. Man kann auch hoffen – das lässt du am Ende deiner Rede anklingen –, dass eines Tages die Föderation und die gesamte Union ineinander übergehen, aber das scheint sehr unrealistisch.

Heute glaube ich, dass der Erfolg der RK, vor allem durch die radikal flexiblere Gestaltung der möglichen verstärkten Zusammenarbeiten – erster Schritt deines Planes – die beste Art ist, um der Union neuen Schwung zu verleihen, ihr eine dynamische Vision von ihrer institutionellen Zukunft zu vermitteln, und ihr gleichzeitig die Instrumente für die zukünftigen Fortschritte an die Hand zu geben, auch für die ehrgeizigsten. Und das alles, ohne alle europäischen Widersprüche zu sprengen oder ein institutionelles Unbehagen in eine Krise umschlagen zu lassen. Und so erhalten diejenigen, die die politische Integration wirklich vorantreiben wollen, die Zeit, sich darauf vorzubereiten. Das ist es, was ich vorschlage, das wir tun. Wir werden schnell sehen, welche Länder an einer oder mehrerer verstärkten Zusammenarbeiten in Schlüsselbereichen interessiert sind.

Ich denke, dass der Knoten der Überlegungen in den Begriffen der Föderation und der Föderation von Nationalstaaten zu finden ist. Handelt es sich am Ende um ein und dieselbe Sache, den klassischen Föderalismus? In diesem Fall bewegen wir uns in eine Sackgasse. Oder im Gegenteil: Beinhaltet das Konzept der Föderation der Nationalstaaten, der ursprüngliche Weg, den Jacques Delors eröffnet hat und den du deinerseits einschlägst, den Kern einer anderen Lösung, die eine befriedigende Antwort auf die oben genannten Fragen bietet? Das ist eine mögliche Lösung, die es genauer zu prüfen gilt.

Nur wenn wir, Franzosen und Deutschen, über all diese Fragen ausführlich, offen und loyal diskutieren, jedoch nicht unter Ausschluss aller anderen betroffenen Europäer, werden wir es schaffen, die wesentlichen und die weniger wesentlichen Fragen voneinander zu unterscheiden, die möglichen und die unmöglichen Lösungen voneinander zu trennen. Auf jeden Fall werden diejenigen Antworten, die uns schließlich die Quadratur des Kreises ermöglichen, originell sein, denn nichts, was bisher getan wurde, was im europäischen Aufbauwerk funktioniert hat, entsprach einer vorgefertigten Lösung.

VON HUBERT VEDRINE